MOSES MENDELSSOHN ZENTRUM
Europäisch-Jüdische Studien
Universität Potsdam

Mitteilungen

der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle

Potsdam, Oktober 2023, Ausgabe 12

AfD-Wahlparty bei der Landtagswahl 2019 in Brandenburg
Foto: G. Fischer / Picture Alliance

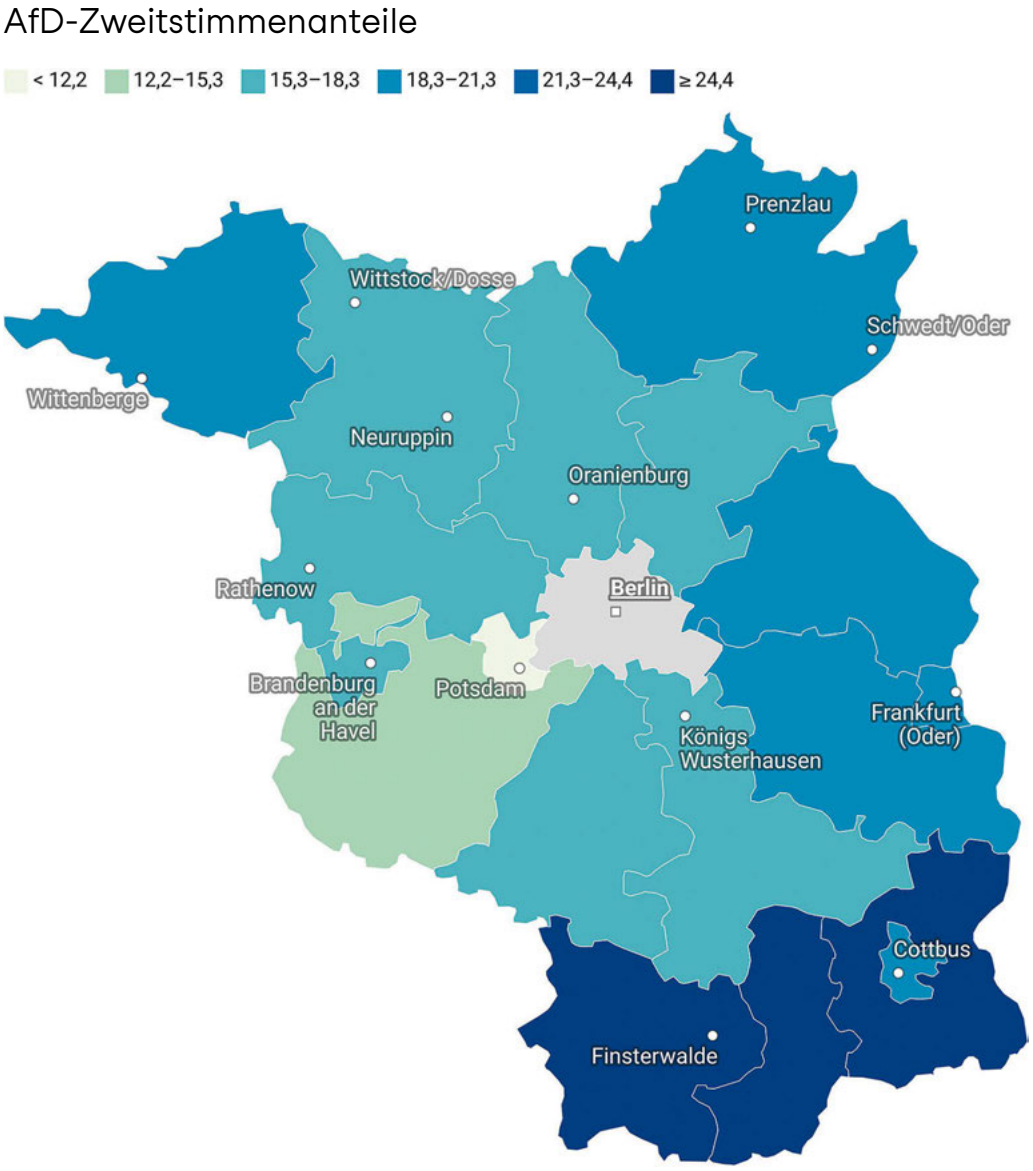
WER WÄHLT RECHTSAUSSEN?

Strukturelle Erfolgsbedingungen der AfD bei Bundes- und Landtagswahlen in Brandenburg

Einleitung

2024 wird in Brandenburg gewählt. Neben den Europawahlen stehen im Bundesland auch Kommunalwahlen und die Landtagswahl an. Angesichts dieser näher rückenden Urnengänge sorgen der hohe Zuspruch in Umfragen für die „Alternative für Deutschland“ (AfD) und gute Ergebnisse bei einigen Bürgermeister- und Landratswahlen für besondere Aufmerksamkeit. Offenbar hat der rechtsextrem ausgerichtete Landesverband der AfD in Brandenburg Aussichten, die guten Ergebnisse bei vergangenen Wahlen noch zu übertreffen. Damit ist Brandenburg kein Einzelfall: Ähnlich wie in Sachsen und Thüringen erreichte die AfD bei den Landtagswahlen 2019 ein knappes Viertel der Wählerstimmen. In einzelnen Brandenburger Gemeinden lag der Rechtsaußenzuspruch bei über 40 Prozent, in den kleinen Südbrandenburger Gemeinden Hirschfeld und Heinersbrück sogar knapp über 50 Prozent.

Während die AfD von Wahl zu Wahl ihren Einfluss ausbaute, stellen sich viele Fragen immer wieder aufs Neue: Weshalb wählen so viele Menschen eine in weiten Teilen rechtsextreme Partei? Weshalb gerade in den vergangenen Jahren? Und weshalb kann die AfD in einigen Regionen be-



Zweitstimmenanteile (%) AfD in Brandenburg zur Bundestagswahl 2021

Grafik: IDZ-Jena/FGZ, Quelle: Bundeswahlleiter, Kartenmaterial: © GeoBasis-DE / BKG 2017, erstellt mit Datawrapper

sonders große Zustimmung verzeichnen, in anderen jedoch nicht? Sind die Menschen unzufrieden und enttäuscht und wählen in erster Linie aus Protest (Protestwahlthese)? Sind es häufiger diejenigen, die sich im wirtschaftlichen Prozess benachteiligt oder abgehängt fühlen (sozioökonomische Erklärungsansätze, etwa die der „Modernisierungsverlierer*innen“)? Oder ist die Wahl in erster Linie Ausdruck weitverbreiteter nationalistischer und rassistischer Einstellungen, so dass die AfD gerade wegen ihrer radikalen, völkisch-nationalistischen Agenda gewählt wird (politische und kulturelle Erklärungsansätze)? Im vorliegenden Beitrag wird diesen Fragen mittels deskriptiver Analysen der vergangenen Bundestagswahl 2021 und den Wahltagsbefragungen zur Landtagswahl 2019 nachgegangen. Dafür werden die vielfältigen Erklärungsansätze zu drei Dimensionen (soziodemografische, sozioökonomische und politisch-kulturelle Erklärungsansätze) gruppiert und diskutiert, welche für den aktuellen AfD-Wahlerfolg in Brandenburg tatsächlich von Bedeutung sind beziehungsweise waren. Daran anschließend diskutieren wir, welche Implikationen dies für die Zukunft hat.

Hatte die AfD direkt nach ihrer Gründung bei der Bundestagswahl 2013 in Brandenburg noch 6 Prozent der Stimmen erhalten, verdoppelte sie ihre Zweitstimmenanteile bereits bei den Landtagswahlen im darauffolgenden Jahr auf 12,2 Prozent. Auch bei den folgenden Wahlen setzte sich dieser Aufwärtstrend fort. Bei der Bundestagswahl 2017 erreichte sie 20,2 Prozent der Zweitstimmen und landete damit auf dem zweiten Platz hinter der CDU (26,7 Prozent) und noch vor der SPD (17,6 Prozent) und der LINKEN (17,2 Prozent). Bei den Landtagswahlen zwei Jahre darauf erzielte die AfD ihr bisher bestes Ergebnis

(23,5 Prozent) und rückte nahe an die erstplatzierte SPD (26,2 Prozent). Allerdings blieb die AfD bei der Bundestagswahl 2021 rund zwei Prozentpunkte hinter ihrem Ergebnis von 2017 zurück.

Wahl	AfD-Zweitstimmen absolut	AfD-Zweitstimmen relativ	Wahlbeteiligung
Landtag 2014	120.077	12,2%	47,9%
Europa 2014	79.371	8,5%	46,7%
Bundestag 2017	301.103	20,2%	73,7%
Landtag 2019	297.484	23,5%	61,3%
Europa 2019	238.417	19,9%	59,5%
Bundestag 2021	277.412	18,1%	75,6%

Ergebnisse der AfD bei Wahlen in Brandenburg seit 2014, Zusammenstellung: MMZ

Die regionalen Unterschiede im Zuspruch für die AfD variierten dabei beträchtlich. Besonders im südlichen Teil Brandenburgs und den grenznahen Regionen war der Zuspruch hoch. In mehr als 20 Gemeinden lag die Partei bei über 40 Prozent. Deutlich niedrigere Ergebnisse verzeichnete sie in Potsdam (9,2 Prozent) und dem Kreis Potsdam-Mittelmark (13,1 Prozent). Bei der Bundestagwahl 2021 erreichte die AfD Höchstwerte in den südlichen, an Sachsen angrenzenden Landkreisen Spree-Neiße (27,4 Prozent), Oberspreewald-Lausitz (25,1 Prozent) und Elbe-Elster (24,6 Prozent). Überdurchschnittlich hoch lagen die Zweitstimmenanteile auch in einigen Grenzregionen und einem Teil der nördlichen Kreise, beispielsweise in Oder-Spree (20,7 Prozent), der Uckermark (21,2 Prozent) und der Prignitz (19,2 Prozent). Unterdurchschnittlich war der AfD-Zuspruch dagegen in Potsdam (9,2 Prozent), Brandenburg an der Havel (15,8 Prozent), Havelland (16,3 Prozent) und Oberhavel (17,0 Prozent).

Die Tatsache, dass rund ein Viertel der Wähler*innen der AfD ihre Stimme gaben, erscheint auch deshalb besonders bedenklich, weil im Landesverband der Partei in Brandenburg rechtsextreme Tendenzen und Schnittmengen innerhalb der Partei noch sichtbarer sind als in anderen Landesverbänden. Spätestens seit 2017 wird der Landesverband von Beobachter*innen als rechtsextrem bewertet (vgl. Schulze 2019). Der Brandenburger Verfassungsschutz beobachtet die Landes-AfD seit geraumer Zeit als „Verdachtsfall“. An der radikalen Ausrichtung der Brandenburger AfD hat sich auch unter dem neuen Fraktionsvorsitzenden Hans-Christoph Berndt nichts geändert. Insofern stellt sich auch die Frage, inwiefern AfD-Wähler*innen trotz oder gerade wegen der radikal rechten Ausrichtung der Partei ihre Stimme gaben.

Daten und Methodik

Für die Analyse wurden Daten der Brandenburger Landkreise und kreisfreien Städte zum Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2021 und vorhergehender Bundestagswahlen (Bundeswahlleiter 2009, 2013, 2017, 2021) mit soziostrukturellen Daten (INKAR-Datenbank und Amt für Statistik Berlin-Brandenburg) kombiniert. Um neben den aggregierten Raumdaten auch Individualdaten einbeziehen zu können, wurde zusätzlich auf Befunde der Wahltagsbefragungen zur Landtagswahl (Infratest dimap, Forschungsgruppe Wahlen, größtenteils aus Pokorny 2019) zurückgegriffen. Vergleiche zwischen unterschiedlichen Wahlen (hier Bundes- und Landtagswahlen) sind vorbehaltlich der Tatsache zu ziehen, dass es Unterschiede im Abstimmungsverhalten zwischen Wahlen im Bund, Land und Kommunen gibt (u.a. Lorenz/Träger 2021:34). Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass sich spätestens seit 2017 die Wählerschaft der AfD in Brandenburg zu großen Teilen etabliert hat (Kahrs 2019) und sich - mindestens in groben Zügen – ähnliche Muster in der soziostrukturellen und politischen Zusammensetzung der Wählerschaft und ihrer sozialräumlichen Verortung zwischen den Wahlen zeigen. Alle verwendeten Daten, sowie abgeleitete Indizes sind in einem Tabellenanhang nachgewiesen, der auf der Webseite des Moses Mendelssohn Zentrums Potsdam abrufbar ist (Richter 2023). Zusätzlich ist das Zusammenhangsmaß (Pearson Korrelationskoeffizient) angegeben, welches zeigt, wie stark die jeweiligen Indikatoren mit den AfD-Zweitstimmenanteilen 2021 in Zusammenhang stehen. Dabei können Werte zwischen +1 (perfekter positiver linearer Zusammenhang)[1] und -1 (perfekter negativer Zusammenhang) angenommen werden. Ein Wert von 0 bedeutet vollständige statistische Zusammenhanglosigkeit zwischen zwei Merkmalen. Je stärker die Zusammenhangswerte Richtung +1 beziehungsweise -1 tendieren, desto stärker der Zusammenhang.[2] Die dazugehörigen Signifikanzwerte sind angegeben, von einer Interpretation wurde allerdings aufgrund der geringen Fallzahl (14 Kreise und 4 kreisfreie Städte) abgesehen.

1 Ein positiver Zusammenhang lässt sich folgendermaßen interpretieren: Je höher das Merkmal X, desto höher Merkmal Y. Gegenläufig dazu verhält es sich bei negativen Korrelationskoeffizienten: Je höher Merkmal X, desto niedriger Merkmal Y.

2 Bei der Interpretation der Zusammenhangsstärke haben wir uns grob an folgendem Maßstab orientiert: 0 bis 2 = keine / sehr niedrige Zusammenhangstärke; 2 bis 4 = niedrige bis mittlere Zusammenhangsstärke; 4 bis 6 = mittlere bis höhere Zusammenhangsstärke; 6-10 höhere bis sehr hohe Zusammenhangsstärke.

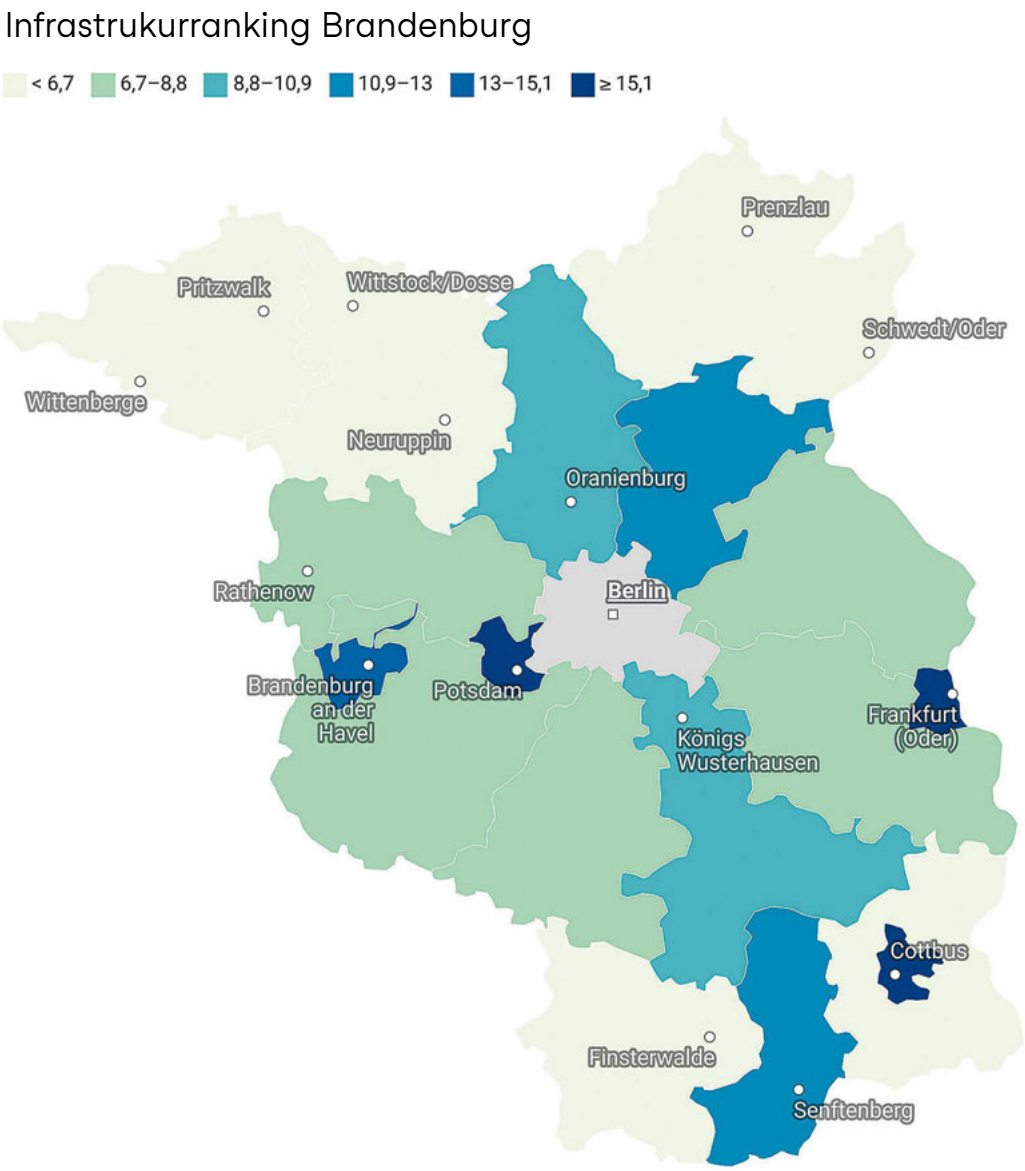
Stadt, Land, Frust? Die soziodemografische Dimension

Auf der soziodemografischen Ebene stehen individuelle und sozialräumliche Merkmale wie die Zusammensetzung der Bevölkerung, ihre Alters- und Bildungsstruktur und räumliche Indikatoren wie Bevölkerungsdichte, Ländlichkeit und ihr möglicher Einfluss auf die AfD-Wahl im Zentrum der Analysen. Besonders die Ungleichheit in der Entwicklung zwischen städtischem und ländlichem Raum hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur, Entwicklungsperspektiven und Fragen der sozialen, kulturellen und politischen Partizipationsmöglichkeiten hat im Kontext der AfD-Wahlerfolge an Bedeutung gewonnen (vgl. Franz et al. 2018; Klärner et al. 2019). In ländlichen Regionen mit starken Strukturumbrüchen auf dem Arbeitsmarkt und in der Bevölkerungsentwicklung ließ sich eine ausgeprägtere Wahlpräferenz für die AfD bei den drei ostdeutschen Landtagswahlen 2019 beobachten (Brachert et al. 2020). Internationale Studien weisen schon länger auf einen Zusammenhang zwischen der wachsenden sozialräumlichen Polarisierung zwischen prosperierenden, dynamischen und ärmeren, stagnierenden oder absteigenden beziehungsweise „abgehängten" Regionen hin. Gemäß der Forschungshypothese übersetzen sich insbesondere in den letztgenannten Regionen kollektiv geteilte Wut, Enttäuschung und Gefühle der Benachteiligung und eingeschränkter gesellschaftlicher Teilhabe in eine Abwehr gegen die „etablierte" Politik beziehungsweise deren Missbilligung, die Ausdruck an den Wahlurnen findet – und damit auch die Wahl rechtspopulistischer Parteien begünstigt (Rosés und Wolf 2018; Rodden 2019; Rodríguez-Pose et al. 2023). Für Deutschland wurde ein solcher Effekt im Zusammenhang mit der Landtagswahl in Sachsen beobachtet (beispielsweise Dilling/Kiess 2021).

Ein Blick auf die Altersstruktur der Brandenburger Kreise legt zunächst nahe, dass mit dem Altersdurchschnitt auch die Bereitschaft zur AfD-Wahl steigt. Kreise wie beispielsweise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und die Uckermark weisen überdurchschnittlich hohe AfD-Zweitstimmenanteile bei einem vergleichsweise hohen Altersdurchschnitt (>49 Jahre) auf (vgl. Richter 2023). Die Wahltagsbefragungen zur Bundestagswahl (Neu und Pokorny 2021) und die repräsentative Wahlstatistik der Brandenburger Landtagswahl 2019 (Arriagada 2020) zeichnen allerdings ein differenziertes Bild: Der Zuspruch zur AfD erhöht sich von den jüngsten Wähler*innen über die Altersgruppen hinweg, fällt aber oberhalb der Altersgrenze von 60 Jahren wieder deutlich ab. Je nach Gruppeneinteilung bildeten die Altersgruppen der 25- beziehungsweise 30jährigen bis zu den 60jährigen die relevante elektorale Basis der AfD bei beiden Wahlen. Bei der Landtagswahl 2019 in Brandenburg erreichte die Partei hier mit rund 28 Prozent beziehungsweise 29 Prozent die höchsten Zustimmungswerte im Vergleich zu den Altersgruppen der 16- bis 29-jährigen (20 Prozent) und der über 60jährigen (18 Prozent) (Pokorny 2019). Ein Unterschied sticht im Vergleich zwischen Bundes- und Landesergebnissen hervor: So stimmte in Brandenburg – im Gegensatz zum Bundestrend – auch ein auffällig großer Anteil junger Menschen (bis 29 Jahre) für die Partei. Die Zustimmungswerte der AfD lagen in dieser Altersgruppe mit 20 Prozent vor denen aller anderen Parteien, mit Ausnahme der Grünen (ebd.). Die Altersgruppe der über 60jährigen zeigte bei den Landtagswahlen dagegen tatsächlich die geringste AfD-Affinität und verhinderte als große Wählerschaft mit stärker traditionalistisch ausgeprägter Parteienbindung ein noch stärkeres Ergebnis der Rechtsaußenpartei. Eine deutliche Mehrheit der über 60jährigen stimmte für die SPD unter dem langjährig amtierenden Ministerpräsidenten Woidke. Der starke Zuspruch für die AfD unter Jungwählenden ist kein Brandenburg-spezifisches Phänomen und zeigte sich in den parallel stattfindenden Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen wie auch in der Vergangenheit. Seit den 1990er-Jahren – mit Ausnahme der Landtagswahl 2009 – wählten überwiegend männliche Jungwählende (Geburtsjahrgänge 1975-1981 beziehungsweise 1975-1984) in größerem Umfang Rechtsaußenparteien wie DVU und NPD (Kahrs 2019: 9). Die Erfahrung der Umbrüche der Nachwendezeit und die DDR-Sozialisation, die häufig zur Erklärung der Ost-Westunterschiede im Zuspruch zu Rechtsaußenparteien herangezogen werden, greifen mit Blick auf die jetzigen Jungwählenden nicht oder nur eingeschränkt. Befragungsdaten belegen, dass junge Personen im Vergleich zu höheren Alterskohorten tendenziell geringere Zustimmungswerte zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufweisen (Zick et al. 2019: 89). Gegenläufig zu diesem Trend zeigt sich aber auch, dass junge Erwachsene in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland wesentlich häufiger fremdenfeindlichen und chauvinistischen Positionen[1] zustimmten (Decker et al. 2022: 57). Es ist anzunehmen, dass die AfD mit ihrer autoritär-fremdenfeindlichen Agenda insbesondere innerhalb dieses politischen Meinungsspektrums junger Wähler*innen in Ostdeutschland punkten konnte.

Eine weitere mögliche Erklärung für den Erfolg der AfD unter Jungwählenden ergibt sich aus der Mobilitätsstruktur. Insbesondere junge, gut ausgebildete Menschen zieht es für das Studium oder berufliche Perspektiven in andere Bundesländer, mindestens aber in die großen Städte. Zurück bleiben häufiger diejenigen jungen Menschen, die ihre Entwicklungs- und Teilhabeperspektiven außerhalb ihres Herkunftsortes als gering einschätzen. Der Abstrom junger, gut ausgebildeter Brandenburger*innen

[1] Ausländerfeindlichkeit: Ost 22,1 % vs. West 9,5 % und Chauvinismus: Ost 19,5 % vs. West: 9,5 %.



Index der Erreichbarkeit zentraler Infrastruktur

Der Index umfasst die durchschnittlichen Rangfolgewerten pro Kreis der Breitbandversorgung, Ärztedichte, der Erreichbarkeit von IC/ICE-Bahnhöfen, Flughäfen, Autobahnen (durchschnittliche Distanz der Gemeinden eines Kreises in Minuten Fahrtzeit), sowie der durchschnittlichen gewichteten Luftliniendistanz zu Apotheken, Supermärkten, Grundschulen und öffentlichem Nahverkehr der Gemeinden eines Kreises.

Quelle: INKAR, Kartenmaterial: GeoBasis-DE / BKG 2017, erstellt mit Datawrapper

wirkt sich in den betroffenen Regionen negativ auf die zukünftige wirtschaftliche und demografische Entwicklung, wie auch auf die Vielfältigkeit der politischen Kultur aus und kann Gefühle des Abgehängtseins und der Perspektivlosigkeit verstärken. Dadurch kann vor allem dort, wo politische und kulturelle Ressentiments ohnehin stärker in der politischen Kultur verwurzelt sind, ein günstigeres Mobilisierungsumfeld für die AfD geschaffen werden. Das spiegelt sich tendenziell auch im Vergleich der Brandenburger Kreise wider. Wo zwischen 1995 und 2020 im Schnitt mehr so genannte „Berufseinstiegswanderer“ (Altersgruppen der 25- bis 30jährigen) ab- als zugewandert waren,[2] lagen die AfD-Stimmenanteile, bis auf wenige Ausnahmen über dem Landesschnitt, umgekehrt dazu verhielt es sich in den Regionen mit positiven Berufseinstiegswanderungssalden.[3] Zwar fanden die gravierendsten

[2] Das betrifft in einem Bereich von -70,5 bis -9,2 in absteigender Reihenfolge: Oder Spree, Frankfurt/Oder, Cottbus, Ostprignitz-Ruppin, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße, Uckermark, Prignitz, Elbe-Elster, Brandenburg an der Havel.

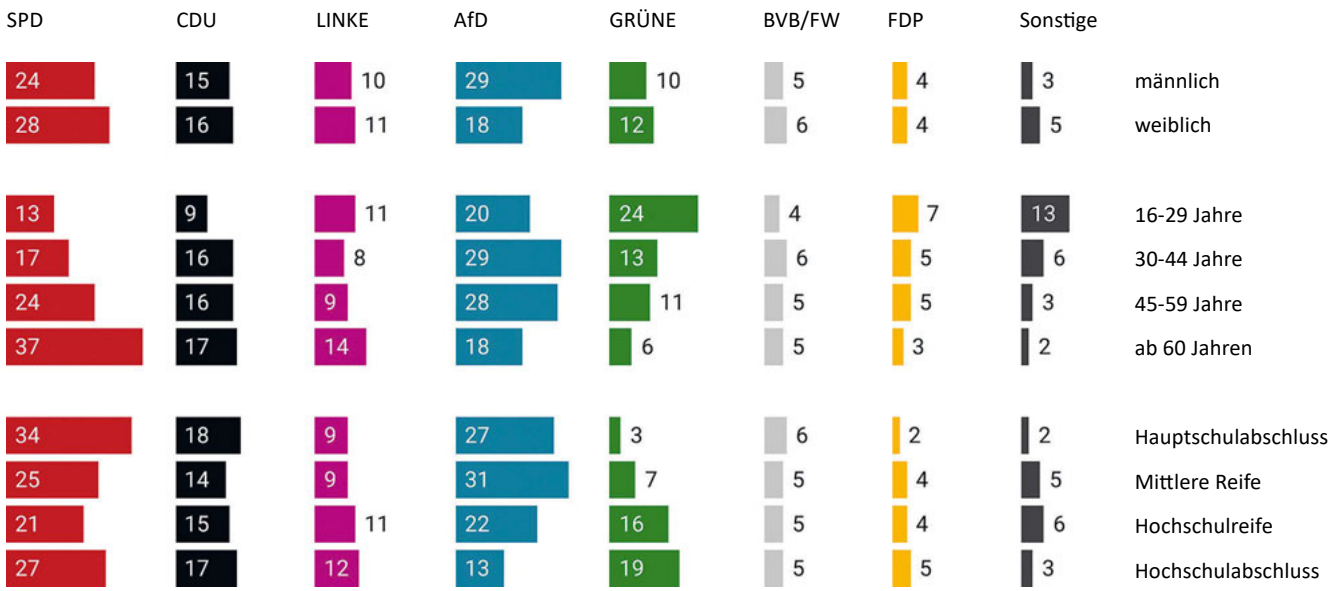
[3] Im Bereich von 5,8-18,1 in aufsteigender Reihenfolge die Kreise: Märkisch-Oderland, Barnim, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming, Havelland, Dahme-Spreewald und Potsdam.

Abwanderungswellen dieser Altersgruppe in den späten 1990er- und 2000er-Jahren statt und endeten größtenteils in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts. Die Folgen wirken jedoch nach: Insbesondere in solchen Regionen, in denen die Abwanderungswellen der Vergangenheit tiefe Spuren in der Bevölkerungsstruktur hinterlassen haben, ist auch heute noch der Anteil junger Erwerbsfähiger im Vergleich zu den Älteren niedriger, die wirtschaftlichen Entwicklungsindikatoren unterdurchschnittlich und die Infrastrukturausstattung defizitärer als in Kreisen mit ausgeglichenerer Bevölkerungsstruktur.

Insgesamt deuten die Wanderungssalden der Brandenburger Kreise, mit Ausnahme der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel, auf einen moderaten positiven Zusammenhang zwischen allgemeiner Abwanderung und erhöhtem AfD-Zuspruch (beispielsweise in Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Cottbus, Uckermark und Spree-Neiße) hin (vgl. Wanderungssalden in Richter 2023). Diesen Eindruck bestätigen auch Daten zur Bevölkerungsentwicklung. Dort wo die Bevölkerungsanzahl im Zeitraum 2008 bis 2018 stark rückläufig war, lagen die AfD-Stimmenanteile signifikant höher als in Regionen mit günstiger Bevölkerungsentwicklung (Kahrs 2019: 23). Auch in eher ländlich geprägten Regionen mit geringen Bevölkerungsanteilen und hohen Infrastrukturdefiziten liegt der Rückhalt für die AfD insgesamt höher als in den dicht bevölkerten städtischen Räumen (vgl. Siedlungsdichte und Ländlichkeit in Richter 2023).

Um zu überprüfen, inwiefern neben der Bevölkerungsentwicklung und Stadt-Land-Disparitäten auch zentrale Infrastrukturdefizite im Alltag eine Rolle spielen, wurden Daten zur Ärztedichte, Breitbandabdeckung und der Erreichbarkeit zentraler Infrastruktur der täglichen Daseinsvorsorge (Nah- und Fernverkehr, Flughäfen, Apotheken, Grundschulen, Einkaufszentren) für die Brandenburger Kreise zu einem gleichgewichteten Rangfolgenindex zusammengefasst. Auffällig ist dabei das hohe Gefälle in der Infrastrukturteilhabe zwischen Kreisen und kreisfreien Städten. Insbesondere die Kreise Elbe-Elster, Spree-Neiße, Uckermark, Prignitz und Ostprignitz-Ruppin sind durch vergleichsweise niedrige Infrastrukturausstattung geprägt. Mit Ausnahme von Ostprignitz-Ruppin lag der Zuspruch zur Rechtsaußenpartei AfD hier im leicht bis stark erhöhten Bereich. Allerdings wird der Zusammenhang zwischen Infrastruktur und AfD-Wahl eben auch deutlich über das Gefälle von Kreisen und kreisfreien Städten vermittelt. In Ballungszentren mit tendenziell deutlich besserer Infrastruktur liegen die Zustimmungsraten zur AfD – mit Ausnahme der Stadt Cottbus – tendenziell niedriger als in den strukturärmeren umliegenden Kreisen. In der Summe lässt sich der Einfluss der sozialräumlichen Polarisierung im Wahlverhalten zwischen eher prosperierenden und eher schrumpfenden Regionen für Brandenburg nicht von der Hand weisen. Besonders in Regionen mit negativer Bevölkerungsentwicklung, hohen Infrastrukturdefiziten und ungünstigen sozioökonomischen Ausgangsbedingungen lässt sich eine Tendenz zu steigendem AfD-Zuspruch erkennen. Den subjektiven Eindruck des Abgehängtseins bestätigen dementsprechend viele AfD-Wähler*innen. Diese stimmten bei der vergangenen Landtagswahl 2019 mit 42 Prozent mehr als doppelt so häufig wie andere Wähler*innen der Aussage zu, dass es an ihrem Wohnort „immer weiter bergab“ gehe (vgl. Tabelle S. 9).

Im Hinblick auf weitere zentrale demografische Indikatoren wie die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Geschlecht und Bildungsgruppen bestätigen sich in Brandenburg die bundesweiten Befunde zur Wählerschaft



Soziodemografische Indikatoren und Parteienwahl bei der Landtagswahl 2019
Quelle: Infratest dimap in Pokorny 2019, erstellt mit Datawrapper

der AfD. In Brandenburg konnte die AfD deutlich weniger Frauen als Männer an die Wahlurnen mobilisieren. Außerdem verfügte sie über den stärksten Rückhalt bei Personen mit niedrigen bis mittleren Bildungsabschlüssen. Deutlich seltener wurde die Partei von Personen mit hoher Bildung gewählt. Aufschlussreich ist auch der Blick auf statistische Kennziffern zur Migration und inneren Sicherheit – schließlich handelt es sich bei diesen Themen um zwei zentrale Agitationsfelder der radikal rechten Partei. Zumindest auf Kreisebene lässt sich kein klarer Zusammenhang zwischen Kriminalitätsentwicklung (polizeilich erfasste Straftaten je 1000 Einwohner*innen) und dem Zuspruch zur Partei erkennen, obwohl Kriminalität eine der am häufigsten genannten Gründe für die Wahl der AfD bei der Brandenburger Landtagswahl war. Auch in ihrem Hauptagitationsfeld, der Migration, scheinen sich die Sorgen zahlreicher AfD-Wähler*innen weniger auf ihre unmittelbare lebensweltliche Alltagsrealität als vielmehr auf abstraktere Ressentiments zu beziehen. So finden sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ausgerechnet dort die höchsten Zustimmungsraten zur AfD, wo der Anteil der Mitbürger*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Ausländeranteil) am niedrigsten ausfällt. Somit korrespondieren die Kreisdaten für Brandenburg mit den Annahmen der Kontakthypothese (Allport 1954; Pettigrew und Tropp 2006), der zufolge die Chance auf positives Kontakterleben im Alltag zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und eine geteilte Lebenswelt Voraussetzungen dafür darstellen, dass Vorurteilsstrukturen abgebaut werden können.

Partei der „Abgehängten"? Die sozioökonomische Dimension

Klassische sozioökonomische Ansätze fokussieren hauptsächlich auf die wirtschaftliche Lage und Entwicklung, die meist anhand objektiv messbarer Kriterien (beispielsweise Arbeitslosigkeit, prekäre Einkommens- und Beschäftigungsverhältnisse) bestimmt werden. Demnach würden Personen mit ungünstiger wirtschaftlicher Ausgangslage oder solche, die nicht von den wirtschaftlichen Modernisierungsprozessen der Vergangenheit profitieren konnten, aus Enttäuschung und Frust etablierten Parteien den Rücken zukehren und sich radikal rechten Parteien zuwenden. Andere ökonomische Erklärungsansätze verweisen hingegen weniger auf objektive wirtschaftliche Indikatoren als auf die subjektive Wahrnehmung der ökonomischen Situation. Gefühle der Benachteiligung im Vergleich zu anderen Statusgruppen (sogenannte relative Deprivation) oder in Form von Statusverlustangst (Sorge, den eigenen Lebensstandard künftig nicht halten zu können) werden als ausschlaggebende Faktoren für die Wahl radikal rechter Parteien diskutiert. So wird beispielsweise angenommen, dass Statusverlustangst und die subjektive Wahrnehmung ökonomischer Risiken (Cohen 2021: 300), die Tendenz zur AfD-Wahl verstärken könnte, ohne dabei unmittelbar mit der objektiven ökonomischen Lage der Wähler*innen im Einklang stehen zu müssen.

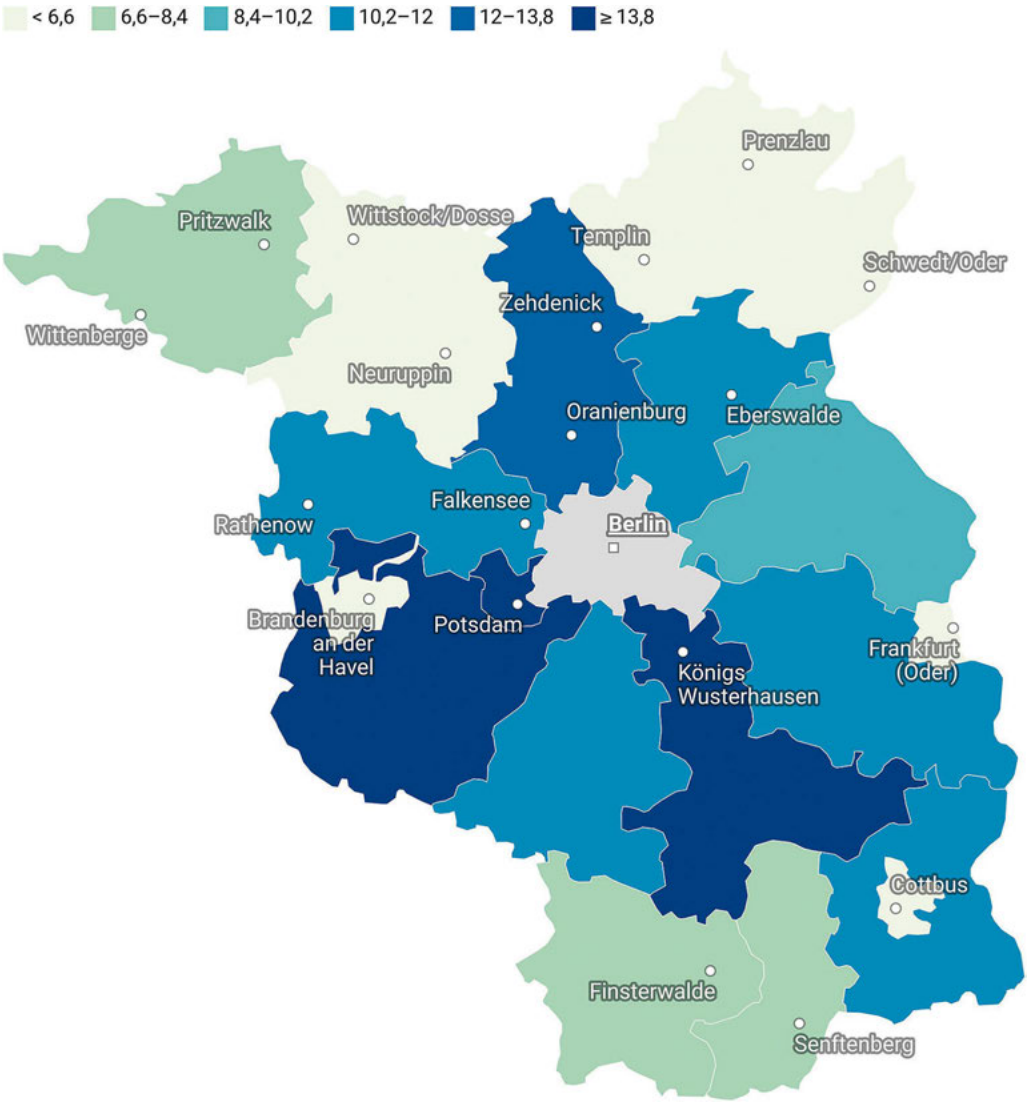
Betrachtet man gängige Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung im Bereich des Arbeitsmarktes (Arbeitslosenquote, der wirtschaftlichen Produktivität (Bruttoinlandsprodukt), der konsumorientierten Nachfrage (Kaufkraft) und der durchschnittlichen Einkommensverteilung (verfügbares Einkommen, Schuldnerquote) gemeinsam[4], offenbaren sich große Unterschiede in der sozioökomischen Lage der verschiedenen Kreise. Regionen, die an den Berliner Großraum angrenzen, sind durch eine relativ gute wirtschaftliche Lage gekennzeichnet. Diese regionalen Diskrepanzen lassen sich auch auf der Ebene der Kreise deutlich erkennen, obgleich deren Zuschnitt in den meisten Fällen so gestaltet ist, dass sie sowohl periphere als auch berlinnahe Regionen umfassen. Kreise wie Dahme-Spreewald, Potsdam-Mittelmark, Potsdam und Oberhavel führen die entsprechenden Rankings an, während stärker ländlich geprägte Kreise im Norden und Süden des Landes (Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Uckermark, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz) vergleichsweise niedrige Indexwerte erreichen. Letzteres gilt mit Ausnahme der Landeshauptstadt Potsdam auch für die kreisfreien Städte Brandenburgs. Die geographische Lage korrespondiert dabei nicht nur eng mit der sozioökonomischen Dynamik, sondern auch mit der individuellen Zufriedenheit und der politischen Kultur. Beispielsweise liegt die Zufriedenheit mit der Wohnortqualität im Berliner Umland messbar höher als in vergleichsweise weiter entfernten Regionen, wie eine repräsentative Befragung zeigte.[5] Die Disparitäten in der Raumstruktur zeigen sich auch in Unterschieden in den politischen Einstellungen und den Zustimmungsraten zu Rechtsaußenpartei in der Vergangenheit. Hier weisen Regionen, die weiter entfernt von der Bundeshauptstadt beispielsweise im Osten und Südosten Brandenburgs liegen, deutliche Unterschiede zu den an Berlin grenzenden Regionen auf, wie bereits die Berlin-Brandenburg-BUS-Studien für die Jahre 2000, 2002 und 2004 zeigten (Stöss/Niedermayer 2007:48-51; Botsch/Schulze 2023:31).

Ökonomische Erklärungsansätze können für sich genommen den Wahlerfolg der Partei allerdings nur unzureichend beschreiben. In einigen Regionen mit ungünstigen Wirtschaftsindikatoren erzielte die AfD unterdurchschnitt-

[4] Gleichgewichteter Rangfolgen-Index aus: Arbeitslosenquote, Kaufkraft, Schuldnerquote, verfügbaren Einkommen & Bruttoinlandsprodukt. Höhere Rangwerte indizieren höheren sozioökonomischen Status. Indikatoren aus 2020.

[5] Thiessen, Ulrich (2023). AfD hat Potenzial von 32 Prozent – die Lage vor der Wahl. Märkische Oderzeitung. Online unter: https://www.moz.de/nachrichten/brandenburg/stimmung-in-brandenburg-afd-hat-potenzial-von-32-prozent-_-die-lage-ein-jahr-vor-der-wahl-71177353.html.

Sozioökonomischer Status-Index



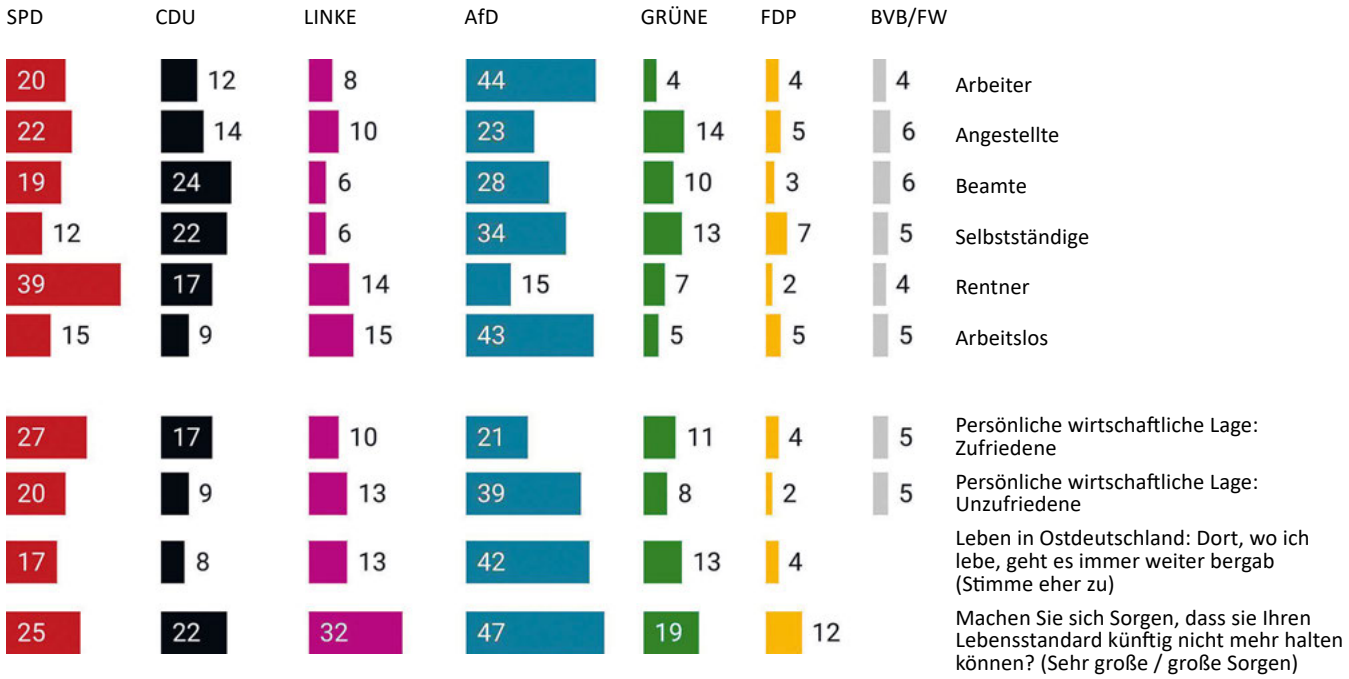
Rangfolge-Index wirtschaftlicher Statusindikatoren

Gleichgewichteter Rangfolgen-Index aus: Arbeitslosenquote, Kaufkraft, Schuldnerquote, verfügbaren Einkommen & BIP. Höhere Rangwerte indizieren höheren soz.ök. Status. Indikatoren aus 2020.

Quelle: Diverse, Kartenmaterial: GeoBasis-DE / BKG 2017, erstellt mit Datawrapper

liche (Brandenburg an der Havel: 15,8 Prozent) oder lediglich durchschnittliche Zustimmungswerte (Ostprignitz-Ruppin 18,2 Prozent; Frankfurt [Oder] 18,3 Prozent). Im Kreis Spree-Neiße dagegen, wo die AfD einen Rekordanteil der Zweitstimmen erreichte, ist die wirtschaftliche Lage vergleichsweise moderat – einzelne Indikatoren wie beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt liegen über beziehungsweise die Schuldnerquote unterhalb des Landesdurchschnitts. Auch weitere, eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung verbundene Sozialindikatoren, beispielsweise der Anteil an Personen, die Sozialleistungen beziehen und die Kinderarmut, verweisen auf keinen eindeutigen Zusammenhang zur AfD-Wahl. Einfache Formeln wie „Wer arm ist, wählt AfD“, greifen angesichts der Heterogenität der sozioökonomischen Struktur der Kreise also zu kurz.

Auffällig ist hingegen der hohe AfD-Zuspruch in Regionen mit einem hohen Anteil an Erwerbstätigen im sogenannten sekundären Sektor (verarbeitendes Gewerbe, Industrie, Handwerk) im Verhältnis zum tertiären Sektor (Dienstleistungsberufe). Die Befunde der Kreisebene liegen dabei nahe an den Ergebnissen der Nachwahlbefragungen im Bund und bei der Landtagswahl 2019, nach denen die AfD vor allem von Arbeiter*innen (44 Prozent) neben der Gruppe der Arbeitslosen (43 Prozent) überproportional häufig gewählt wurde. Stärker als bei anderen Parteien ist der Zuspruch für die AfD zudem unter Selbstständigen (34 Prozent). Allerdings hat auch ein bemerkenswert hoher Anteil an Beamt*innen ihre Stimme zur Landtagswahl der AfD gegeben (28 Prozent). Niedriger liegt der Zuspruch bei Angestellten (23 Prozent) und deutlich unterdurchschnitt-



Wirtschaftliche Lage und Parteienwahl bei der Landtagswahl 2019
Quelle: Infratest dimap in Pokorny 2019, erstellt mit Datawrapper

lich unter Rentner*innen (15 Prozent). Mit Blick auf Beschäftigungsstatus und die Berufsgruppen ist es wichtig zu beachten, dass beispielsweise der Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung im Jahr 2020 mit 6,18 Prozent nur einen sehr geringen Teil der Wahlberechtigten ausmachte. Den rund 24 Prozent Beschäftigten im sekundären Sektor (dem Hauptwirtschaftszweig der Arbeiter*innen) standen in Brandenburg im Jahr 2020 rund 73 Prozent im tertiären Sektor gegenüber.

Was den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und AfD-Affinität betrifft, ist ein Blick in die Vergangenheit aufschlussreich. Während die heutigen Arbeitslosenquoten auf Kreisebene nur in geringem Maß mit den regionalen Zustimmungsquoten zur AfD im Zusammenhang zu stehen scheinen, lag der Zusammenhang zur Arbeitslosenquote im Jahr 1998 etwa doppelt so hoch. Das bedeutet, dass die teils massiven Arbeitslosenquoten im Verlauf der Strukturumbrüche der Nachwendezeit einen deutlich engeren Bezug zu den heutigen Wahlerfolgen der AfD in den betroffenen Kreisen herstellen können als es die aktuelle Erwerbssituation vermag.

Darin liegt auch der zunächst paradox wirkende Befund begründet, dass die Regionen mit den stärksten Rückgängen der Arbeitslosenquoten im Zeitraum von 1998 bis 2021, heute meist überdurchschnittlich hohe AfD-Wahlergebnisse aufweisen. Dieser Befund legt den Schluss nahe, dass in stärkerem Umfang subjektive und eben auch retrospektive Deutungsmuster kollektiver Krisenerfahrungen auf die heutige Situation wirken als aktuelle wirtschaftliche Nöte. Gleichzeitig wird deutlich: Zumindest kurz- und mittelfristig sind objektiv messbare Verbesserungen einzelner ökonomischer Parameter im Sozialraum kein alleiniges „Wundermittel“ zur demokratischen „Immunisierung“ gegen radikal rechte Wahlangebote.

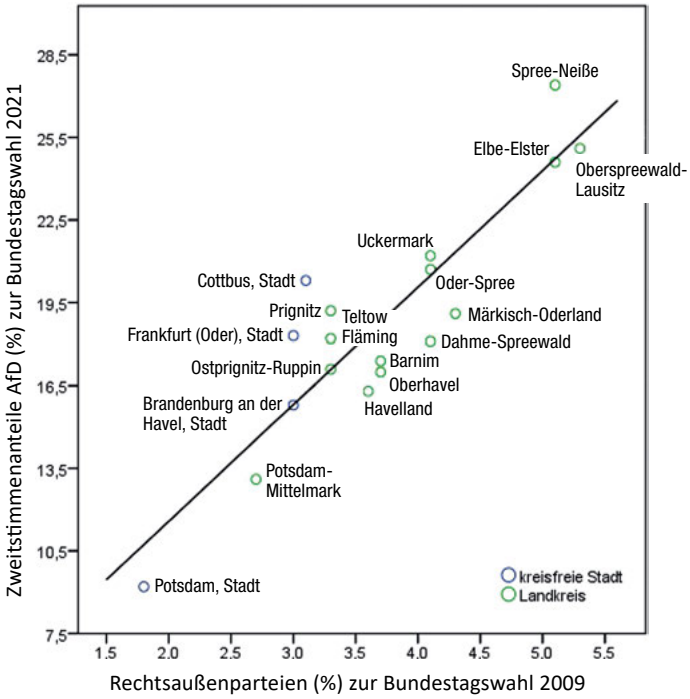
Die Befunde der Nachwahlbefragungen deuten an, dass subjektive Deutungsmuster der wirtschaftlichen Lage ausschlaggebender für die Wahl der AfD sein könnten. Der Anteil an AfD-Wähler*innen, die 2019 angaben, mit ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage unzufrieden zu sein (39 Prozent) lag zwar über dem Schnitt der Wähler*innen anderer Parteien, charakterisiert aber dennoch nicht die mehrheitliche Stimmung der AfD-Wählerschaft. Rund ein Fünftel der AfD-Wähler*innen gab dagegen an, eher zufrieden auf die eigene wirtschaftliche Lage zu blicken – der entsprechende Anteilswert war lediglich unter SPD-Wähler*innen noch höher. Insofern offenbart sich mit Blick auf die konkrete sozioökonomische Lage ein recht heterogenes Bild der AfD-Wählerschaft. Subjektive Statusverlustängste scheinen mit einer Zustimmung von 47 Prozent dagegen am ehesten geeignet, relevante Teile der Wähler*innen hinsichtlich möglicher sozioökonomischer Wahlmotive charakterisieren zu können.

Rechter Kulturkampf als Kitt: Die politisch-kulturelle Dimension

Ein weiterer prominenter Erklärungsstrang für die Wahlerfolge der radikalen Rechten fokussiert sich hauptsächlich auf individuelle politische Einstellungsmuster. Grundlegend für die Wahlentscheidung sind hier die ideologischen

Ausprägungen innerhalb der Wählerschaft. Anknüpfend an wiederkehrende Befunde der Einstellungsforschung (Heitmeyer 2012; Zick et al. 2019; Decker et al. 2022) können im Zeitverlauf zwar variierende, doch zeitlich relativ stabile und hohe Zustimmungspotenziale zu Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit belegt werden, die vor dem Auftreten der AfD in verschiedenen Parteien, vor allem aber im Lager der Nichtwähler*innen repräsentiert waren (Heitmeyer 2012). Studienergebnissen zufolge sind relevante Teile der AfD-Wählerschaft insbesondere durch identitätsbezogene Ängste und Zukunftssorgen (Hilmer et al. 2017) und zu großen Teilen durch migrations- und muslimfeindliche sowie völkische, teils rechtsextreme und geschichtsrevisionistische Einstellungen geprägt (Schuler et al. 2020). So erscheint es plausibel, dass diese in der rechtsautoritäten, zum Teil offen rechtsextremistischen Programmatik der AfD (Pfahl-Traughber 2019) eine neue ideologische Heimat gefunden haben. Immer wieder hat sich in empirischen Studien abgezeichnet, dass die Merkmale der politischen und kulturellen Dimension (hier insbesondere autoritäre und fremdenfeindliche Einstellungen) stärkeren Einfluss auf die Wahlpräferenz gegenüber konkurrierenden Erklärungsansätzen zu haben scheinen (Richter und Bösch 2017; Bergmann et al. 2018; Lengfeld und Dilger 2018; Rippl und Seipel 2018).

Da es an aufschlussreichen Individualdaten zu politischen Einstellungen auf der Kreisebene mangelt, wurde für die Kreisanalyse auf Daten zum Wahlverhalten vergangener Wahlen zurückgegriffen. Sowohl die Nichtwähleranteile als auch der Zuspruch zu Rechtsaußenparteien in der Vergangenheit geben, wenngleich in eingeschränktem Umfang, Einblicke in regionale Unterschiede in der politischen Kultur (Richter et al. 2021). Hohe Anteile an Nichtwähler*innen können beispielsweise auf Integrationsdefizite der demokratischen Kultur der Kreise hindeuten, auch wenn die Motive zur Nichtwahl sehr unterschiedlich sein können. Allerdings verweisen Studien auch auf höhere Demokratieskepsis und Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen unter Nichtwähler*innen (Küpper 2017; Schuler et al. 2020), was die Annahme nahelegt, dass der Teil für entsprechende Wahlangebote der AfD erreichbar ist. Zwar sind die Zusammenhänge zwischen den Nichtwähleranteilen der Bundestagswahlen 2009 und 2013 und den Wahlerfolgen der AfD 2021 auf der Kreisebene eher gering ausgeprägt. Dennoch zeigt sich eine moderate Tendenz zu erhöhten Zweitstimmenanteilen bei vergleichsweise hohen Nichtwähleranteilen in der Vergangenheit. Die Wählerwanderungsberechnungen der Wahltagsbefragungen zur Landtagswahl 2019 deuten hingegen darauf hin, dass vor allem die AfD von der stark gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren konnte. Rund 107.000 vormalige Nichtwähler*innen (und damit eine relative Mehrheit von ihnen) stimmten 2019 für die AfD und stellten damit die Basis des Stimmengewinns dieser Partei. Nur reichlich halb so hoch war der Zustrom zur



Zusammenhang zwischen AfD-Zweitstimmenanteilen bei der Bundestagswahl 2021 und Rechtsaußenparteien 2009, Quelle: Bundeswahlleiter

AfD aus allen anderen Parteien insgesamt (Lorenz/Träger 2021:39).

Wie stark die AfD von einer lokalen politischen Kultur der Vergangenheit profitieren kann, zeigt sich sehr deutlich mit Blick auf die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013.[6] Das Zusammenhangsmaß zwischen den beiden Merkmalen liegt mit Werten zwischen 0,85 bis 0,90 relativ nahe an einem perfekten linearen Zusammenhang. Das führt in der Gesamtschau der betrachteten Kreismerkmale zu einem bemerkenswerten Befund: Die weit zurückliegenden rechtsextremen Wahlergebnisse sind einer der besten Erklärungsfaktoren für den derzeitigen Erfolg der AfD. Überall dort, wo in der Vergangenheit eine politische Kultur existierte, die sich in Wahlergebnissen niederschlug, und wo sich der Rechtsextremismus in der Folge stärker normalisieren konnte, liegen die heutigen AfD-Ergebnisse überdurchschnittlich hoch. Das zeigt sich zur Bundestagswahl 2021 insbesondere in den AfD-Hochburgen in Südbrandenburg (Spree-Neiße: Rechtsaußenparteien 2009: 5,1 Prozent; Oberspreewald-Lausitz: 5,3 Prozent und Elbe Elster: 5,1 Prozent) und spiegelbildlich für Regionen mit niedrigeren AfD-Zweitstimmenanteilen (Potsdam: Rechtsaußenparteien 2009: 1,8 Prozent; Potsdam Mittelmark: 2,7 Prozent; Brandenburg an der Havel 3,0 Prozent). Die

[6] In der Analyse berücksichtigte Rechtsaußenparteien zur Bundestagswahl 2009 sind die Republikaner, DVU, NPD und zur Bundestagswahl 2013 Pro Deutschland, NPD und Republikaner.

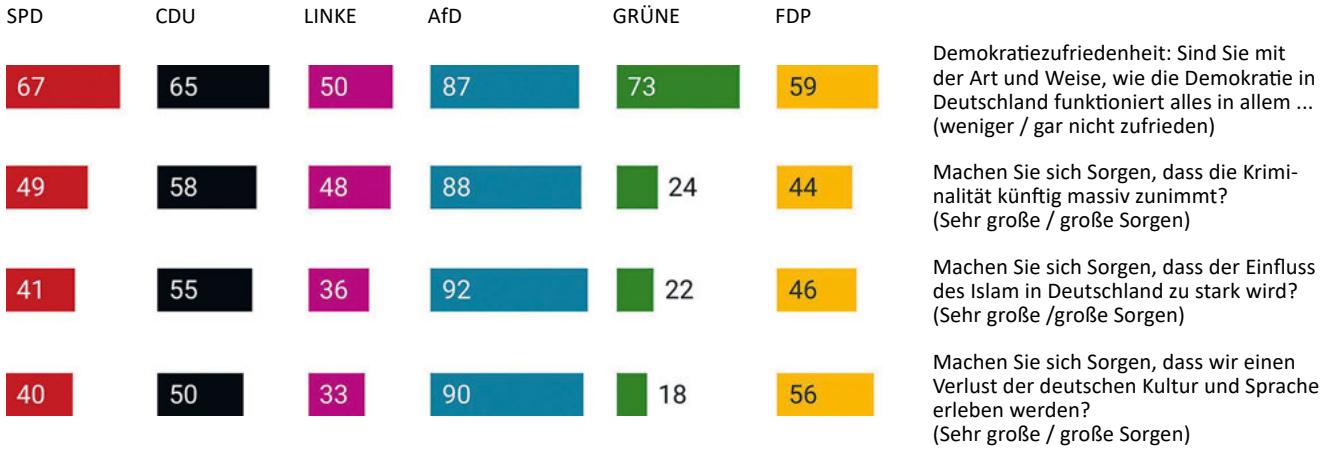
peripheren Regionen im Osten und Südosten Brandenburgs haben sich seit Langem als Hochburgen der Rechtsaußenparteien etabliert (Lorenz/Träger 2021:47) Es kann davon ausgegangen werden, dass die NPD-, DVU-, Pro Deutschland- und Republikaner-Stimmenanteile der vorausgegangenen Wahlen auf bisher nicht politisch repräsentierte Einstellungspotenziale von Personen im Umfeld der Rechtsaußen-Wählerschaft verweisen, denen deren Auftreten bis dato unattraktiv erschien und die nun in der AfD eine Partei gefunden haben, die für sie passende Inhalte auf eine hinreichend akzeptable Art vertritt. Darüber hinaus konnten sich in diesen sozialräumlichen Kontexten rechtsextreme Positionen in der Vergangenheit vermutlich stärker normalisieren und die AfD in gewissem Umfang Wechselwählerpotenziale der rechtsextremen Parteien ausschöpfen. Zahlreiche Studien haben den Befund stabiler zeitlicher Kontinuität in der Wahl von Rechtsaußenparteien über lange Zeiträume belegt (Schwander und Manow 2017) und konnten zeigen, dass sich der höhere Zuspruch zu Rechtsaußenparteien aus weiter verbreiteten radikal rechten Einstellungsmustern dieser Regionen speist (Carillo 2018; Voigtländer und Voth 2015; Cantoni et al. 2017).

Die Ergebnisse der Nachwahlbefragungen deuten ebenfalls auf eine herausragende Rolle politischer Einstellungsmuster für den Zuspruch zur AfD hin. Was die AfD-Wählerschaft am umfänglichsten charakterisiert, sind ausgeprägte Krisenwahrnehmungen und ein pessimistischer Blick in die Zukunft. Eine deutliche Mehrheit sorgte sich beispielsweise, dass sich „unser Leben zu stark verändert“ (80 Prozent) oder die Kriminalität „massiv zunimmt“ (88 Prozent). Noch stärker sind die Zustimmungsraten nur, wenn Themen wie Demokratiezufriedenheit, Migration, Islam und die deutsche Identität zur Sprache kommen. Insgesamt 87 Prozent der AfD-Wähler*innen geben an, mit „der Art und Weise wie Demokratie funktioniert“ weniger bis gar nicht zufrieden zu sein. Eine deutliche Mehrheit sorgt sich, dass „wir einen Verlust der deutschen Sprache und Kultur erleben werden“ (90 Prozent). Noch höher liegt der Anteil derer, die sich sorgen, dass der „Einfluss des Islam in Deutschland zu stark wird“ (92 Prozent) und ganze 97 Prozent befürworten eine Begrenzung des Zuzugs von Ausländer*innen und Geflüchteten (Infratest dimap 2019).

Zusammenfassung: Kulturalisierung von Status- und Verteilungskonflikten

Betrachten wir die unterschiedlichen Dimensionen des AfD-Wahlerfolgs in Brandenburg im Verhältnis, lassen sich einige Tendenzen feststellen: Die AfD konnte zu den vergangenen Wahlen in Regionen tendenziell mehr Wähler*innen mobilisieren, in denen sich ungünstige ökonomische (Arbeitslosigkeit, Einkommen, Kaufkraft, Bruttoinlandsprodukt) und demografische (Überalterung, periphere Lage, Abwanderung – insbesondere unter jüngeren Alterskohorten – und höhere Infrastrukturdefizite) Ausgangbedingungen und Entwicklungen verdichten. Allerdings zeigen sich diese Zusammenhänge nicht in allen Regionen Brandenburgs, so dass ein geradliniger Zusammenhang nicht angenommen werden kann. Insgesamt können die soziostrukturellen Raummerkmale allein den Zuspruch zur AfD in Brandenburg also nicht hinreichend beschreiben.

Ein ähnliches Bild ergibt die Analyse der Nachwahlbefragungen zur Landtagswahl 2019. Besonders unter Männern im mittleren Alter und mit niedrigen bis durchschnittlichen Bildungsabschlüssen, unter Arbeiter*innen und Arbeitslosen, aber eben auch in nicht unerheblichem Umfang unter Selbstständigen und Beamt*innen konnte die Partei im Vergleich zu anderen punkten. Eine pessimistische Sicht auf die eigene wirtschaftliche Lage teilen viele der Wähler*innen, allerdings geben auch substanzielle Teile an, mit der eigenen wirtschaftlichen Situation zufrieden zu sein.



Politische Einstellungen und Parteienwahl bei der Landtagswahl 2019
Quelle: Infratest dimap in Pokorny 2019, erstellt mit Datawrapper

Die Daten lassen im Hinblick auf die demografische, soziale und wirtschaftliche Zusammensetzung der Wählerschaft zwar Tendenzen erkennen, insgesamt ist die Partei hinsichtlich ihrer Wähler*innen von einer relativ hohen Heterogenität gekennzeichnet. Von ihrer Gründung bis heute hat die AfD substanzielle Radikalisierungsprozesse durchlaufen. Gerade der sozialpopulistische „Kümmererkurs“, den Teile des erstarkenden völkischen Lagers im Sinne einer wirtschaftspolitischen Neuausrichtung mit strategischem Fokus auf die sogenannten „kleinen Leute“ gelegt haben, mag den wachsenden Zuspruch aus wirtschaftlich eher prekären Wählergruppen teilweise erklären. Teile der eher neoliberal orientierten Statusgruppen sind der Partei dennoch seit ihren Gründungstagen treu geblieben, was einen Teil der sozioökonomischen Heterogenität zu erklären vermag.

Insgesamt liefern insbesondere die soziodemografisch- und teilweise auch die sozioökonomisch orientierte Theorien durchaus Erklärungsansätze, mindestens für einen Teil der Wählerschaft und für einen Teil der Kreise. Insbesondere das Durchschnittsalter, die Mittelwerte für Bildung und die Alters- und Mobiltätsstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung verweisen auf relevante Zusammenhänge zu den AfD-Zweitstimmenanteilen in den jeweiligen Kreisen. Für sich genommen ist deren Erklärungskraft allerdings noch nicht ausreichend, um die großen Kreisunterschiede bei der Zustimmung zur AfD umfänglich zu begründen. Zu viele Gegenbeispiele existieren und die Frage, warum sich deprivierte Wähler*innen – legt man ein rational-ökonomisches Wahlmodell zugrunde – für eine Partei mit höchst ambivalentem sozial- und wirtschaftspolitischem Profil und nicht für mögliche (auch sozialpopulistische) Alternativen entscheiden, muss an dieser Stelle unbeantwortet bleiben.

Wesentlich klarer wird das Bild, wenn man die politischen und kulturellen Merkmale der Wählerschaft betrachtet. Statusverlustängste, Zukunftssorgen, vor allem aber rigide, autoritär-nationalistische Einstellungen im Bereich Migration, Identität und innere Sicherheit, kennzeichnen die Wählerschaft der Partei über die unterschiedlichen Statusgruppen hinweg in einem Umfang, wie es die anderen Merkmale nicht vermögen. Auch auf der Kreisebene zeigt die Datenauswertung, dass erhöhte Zustimmung zu rechtsextremen Parteien und eine niedrige Wahlbeteiligung in der Vergangenheit auf ein regionales Raumklima verweisen, von dem die AfD bei ihren Wahlerfolgen ganz maßgeblich profitieren konnte. Die herausragende Relevanz politischer und kultureller Einstellungsmuster vermag auch die ambivalente Ausrichtung der AfD in der Sozial- und Wirtschaftspolitik zwischen Sozialpopulismus und Neoliberalismus zu erklären. Die Unbestimmtheit ihrer sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Programmatik verhindert eine Polarisierung ihrer Wählerbasis entlang dieser Positionen und überführt soziale Widersprüche und konträre wirtschaftliche Interessenslagen auf der politisch-kulturellen Ebene in einen rechten Kulturkampf, der als zentrale Klammer der heterogenen Wählerschaft fungiert, gerade weil er über die unterschiedlichen Wahlmilieus der AfD hinweg hohe Anschlussfähigkeit generieren kann. Das bestätigt sich auch in den Wahltagbefragungen zur Landtagswahl 2019. Gefragt nach Themen, die ausschlaggebend für die Wahl der Partei waren, offenbaren sich große Unterschiede in der politischen Agenda zu den anderen Parteien. Soziale und wirtschaftliche Themen spielten für AfD-Wähler*innen dabei offensichtlich eine wesentlich geringere Rolle. Die Themen Löhne und Rente waren bei einem Viertel (25 Prozent), Wirtschaft und Arbeit (19 Prozent), Bildung (17 Prozent) und soziale Sicherheit (11 Prozent) nur jeweils für einen überschaubaren Anteil der Wähler*innen ausschlaggebend. Deutlich stärker als in allen anderen Parteien waren dagegen die Themen Kriminalität und innere Sicherheit (50 Prozent) und Zuwanderung (52 Prozent) relevant für ihre Wahlentscheidung (Pokorny 2019).

Auch die häufig angeführte These der Protestwahl sollte im Lichte dieser Befunde betrachtet werden. Die öffentliche Debatte um die Protestwahlmotive offenbart dabei häufig eine Schieflage. Nicht selten wird eine Unterteilung zwischen ideologisch-motivierter und lediglich von „Unzufriedenheit“ getriebener Wahlmotivation suggeriert. Weder empirisch noch mit Blick auf die Lebensrealität der Wählenden erscheint dies haltbar und birgt zudem die Gefahr, die Debatte um die Wahlmotive zu entpolitisieren. Die Nachwahlbefragungen zeigen, dass sich der große gemeinsame Nenner der Wählerschaft in ideologischen Positionen wiederfindet, in denen sich Demokratieunzufriedenheit, Migrationsskepsis, Islamfeindschaft und die Sorge um den Erhalt der deutschen Identität zu einem rechtsautoritären, nationalistischen und häufig xenophoben Weltbild verdichten, wie es Ideologien der Ungleichwertigkeit beispielsweise im Rechtspopulismus eigen ist. Diese ideologischen Einstellungsmuster grundieren die Bewertung alltagsweltlicher Vorgänge und handlungsbezogener Entscheidungsprozesse und werden dort, wo sie im Widerspruch zu gesellschaftlichen Praktiken und politischen Entscheidungsprozessen stehen, auch von emotionalen Reaktionen auf die wahrgenommenen Entscheidungsdefizite flankiert. Protest- und Überzeugungswahl sind so betrachtet eng verbundene Wahlmotive, wobei Protestmotive vor dem Hintergrund rechtsaffiner Einstellungsmuster häufig einen aktivierenden Effekt auf die Entscheidung zur Wahlhandlung haben können (Spier 2017).

Ausblick

Die Analyse zeigt, dass Ursachen und Kontexte für Wahlerfolge der AfD vielschichtig sind und teils weit in die Vergangenheit zurückreichen. Entsprechend unwahrscheinlich erscheint es, dass sich der Zuspruch zur AfD jenseits temporärer Schwankungen kurz- und mittelfris-

tig substanziell abschwächen wird. Seit 2017 hat sich ein Kern der AfD-Wählerschaft etabliert und sich seither stetig vergrößert. Auf regionaler Ebene haben sich Hochburgen herauskristallisiert und gefestigt, besonders in Regionen in denen der Zuspruch zu rechtsextremen Parteien schon seit langer Zeit hoch ist. Die AfD verfügt damit in Brandenburg heute über ein relativ stabiles Wählerpotenzial, das sie in Abhängigkeit von den jeweiligen Gelegenheitsstrukturen erfolgreich mobilisieren kann. Die aktuell verhandelten gesellschaftlichen Konfliktkonstellationen spielen der Partei dabei offensichtlich in die Hände: Eine repräsentative Befragung attestierte der AfD im Sommer 2023 ein mögliches Wählerpotential von bis zu 32 Prozent. 29 gaben an die AfD zur kommenden Wahl wählen zu wollen.[7] Das zeigt, dass die AfD momentan, viel erfolgreicher als andere Parteien, ihre Wählerschaft zu mobilisieren vermag (Ausschöpfungsquote). Insbesondere in den Regionen, in denen ungünstige ökonomische und demografische Bedingungen mit einer politischen Kultur zusammenfallen, in der sich Demokratieskepsis und teils offener Rechtsextremismus stärker normalisieren konnten, muss auch weiterhin von einem hohen, möglicherweise noch steigenden Zuspruch zur AfD ausgegangen werden. In die Hände spielt der Partei zusätzlich der demografische Wandel, der die AfD-affinen Alterskohorten vor allem im Verhältnis zu den Älteren, die im Schnitt wesentlich seltener AfD wählen, stärkt.

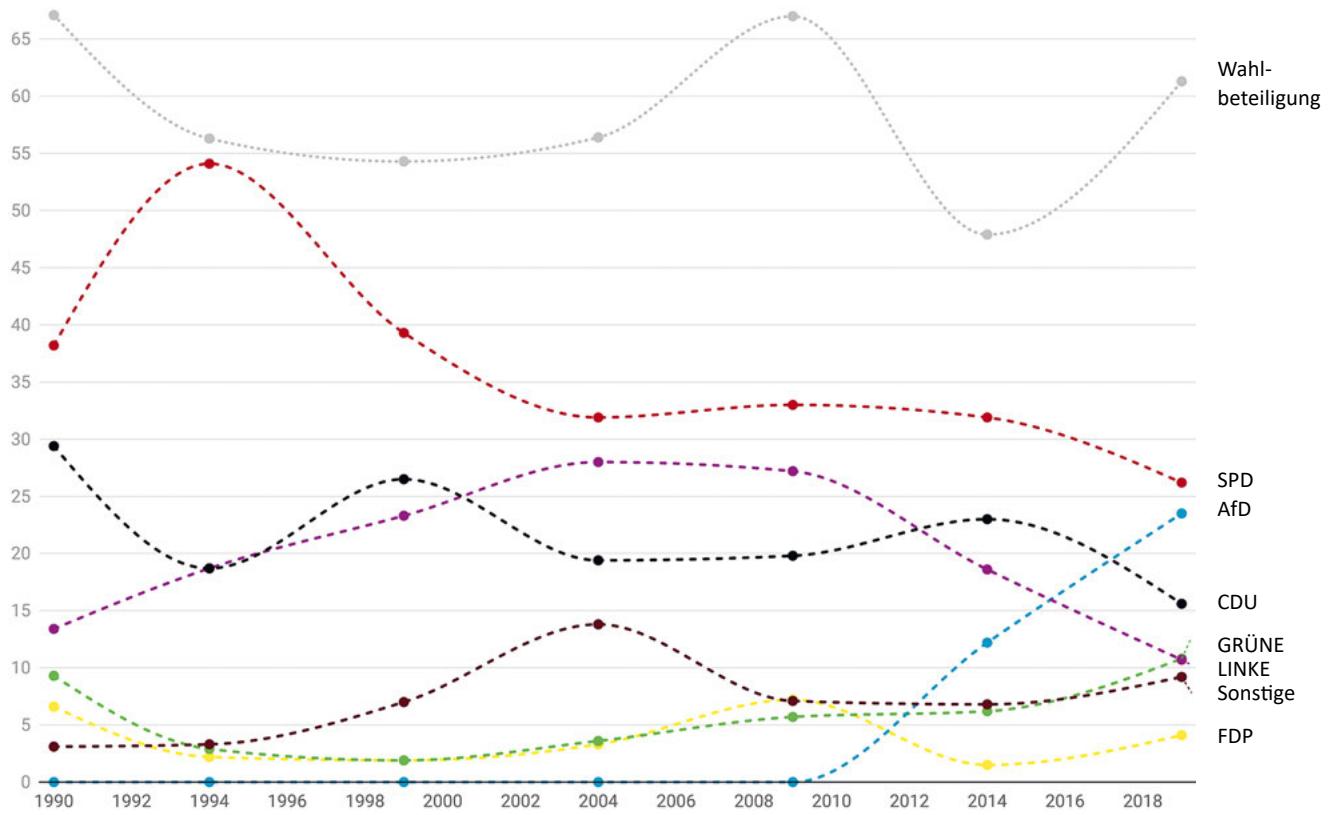
Bei einem anhaltenden Trend des aktuellen AfD-Umfragehochs im Bund und in Brandenburg stehen die Chancen für die AfD damit gut, ihr Wählerklientel zu den Wahlen 2024 umfänglich mobilisieren zu können. Die AfD profitiert bundesweit und regional von den Krisenerfahrungen der vergangenen Jahre, die den Handlungsdruck auf demokratische Politik massiv erhöht haben, während deren Handlungsspielräume angesichts der Komplexität und Verflochtenheit sich überlagernder Krisenphänomene zu schwinden scheinen. Dies birgt die Gefahr einer tiefergreifenden Legitimationskrise der Demokratie, die sich in stetig wachsender Unzufriedenheit mit dem Regierungshandeln und dem Funktionieren der Demokratie in großen Teilen der Bevölkerung ausdrückt und den Boden für die radikal-populistischen Scheinlösungen der AfD von der Energie- über die Migrations- bis zur Klimapolitik bereitet. Von den rechtsoffenen Protesten gegen die Coronapolitik (vgl. Schulze 2022) über die Energieproteste bis hin zu den zuletzt wieder erstarkten geflüchtetenfeindlichen Demonstrationen versuchte die Partei sich als Fundamentalopposition gegen „bevölkerungsfeindliche Elitenpolitik“

Demonstration der AfD am 1. Mai 2023 in Cottbus
Foto: Pressefuchs

an die Spitze der Proteste zu stellen und demokratische Parteien vor sich herzutreiben. Dabei zielt sie strategisch auf jene Konfliktregionen und symbolhaften Anlässe, in denen sich die globalen Krisen und damit verbundene Transformationsnotwendigkeiten im regionalen Bewusstsein der Bevölkerung unmittelbar manifestieren und in Form von Statusverlustängsten Mobilisierungsgewinne versprechen – beispielsweise auf dem Höhepunkt der Energiekrise in der Uckermark rund um die Raffinerie in Schwedt und im Kontext des Braunkohleausstieg in und um die Lausitzer Tagebauregion.

Zumindest ein Teil der AfD-Wähler*innen erscheint auf absehbare Zeit für demokratische Wahlangebote nur noch schwer erreichbar zu sein. Bundesweite Studien bestätigen, dass sich um die AfD ein fester Kern rechtspopulistischer bis rechtsextremer Wähler*innen gebildet hat, die die Partei zumindest in relevanten Teilen nicht trotz, sondern wegen ihrer rechtsextremen Agenda unterstützen. Es spricht daher viel dafür, den Blick verstärkt auf das politische, soziale sowie zivilgesellschaftliche Feld abseits der AfD-Wählerschaft zu richten und durch gezielte politische Interventionen und die langfristige Förderung zivilgesellschaftlicher Demokratie- und Bildungsarbeit die demokratische Resilienz in der Breite zu stärken. Dazu bedarf es sowohl langfristiger Maßnahmen zur sozialen Integration und der sozial verträglichen Gestaltung bisheriger, aktueller und zukünftiger Wandlungsprozesse, wie auch eines erhöhten Engagements für pluralistische, demokratische Werte und die Förderung entsprechender Initiativen – vor allem in stark betroffenen Regionen. In einigen Brandenburger Regionen lassen sich bedenkliche politische Schließungsprozesse beobachten, wobei die Präsenz etablierter demokratischer Parteien zu Gunsten der AfD schwindet. Hier stehen die demokratischen Parteien und kommunalpolitischen Akteur*innen vor der schwierigen Aufgabe, ihr lokales Engagement im Sinne

[7] Thiessen, Ulrich (2023). AfD hat Potenzial von 32 Prozent – die Lage vor der Wahl. Märkische Oderzeitung. Online unter: https://www.moz.de/nachrichten/brandenburg/stimmung-in-brandenburg-afd-hat-potenzial-von-32-prozent-_-die-lage-ein-jahr-vor-der-wahl-71177353.html.



Landtagswahlen in Bandenburg (1990-2019)
Quelle: Landeswahlleiter Brandenburg/Bundeswahlleiter in Pokorny 2019, erstellt mit Datawrapper

einer pluralistischen, demokratischen Kultur zu verstärken, ohne den demokratischen Mindestabstand zu den teils hegemonialen Rechtsaußenstrukturen zu verlieren. Denn die schleichende Normalisierung radikal rechter Inhalte innerhalb der Mehrheitsgesellschaft ist der wahrscheinlich ausschlaggebende Erfolgsfaktor für mögliche zukünftige Zugewinne der AfD. Im Mai 2023 konnte sich die SPD im Landkreis Oder-Spree in der Landratsstichwahl nur knapp gegen den Kandidaten der AfD durchsetzen. Auch in Brandenburg sind Wahlsiege der AfD wie jener bei den Landratswahlen im thüringischen Sonneberg im Juni 2023 in Zukunft zu erwarten.

Die Übernahme von Rechtsaußenpositionen durch etablierte demokratische Parteien stärkt in der Regel die AfD und geht zulasten demokratischer Parteien, wie empirische Studien zeigen (Valentim 2021). Umgekehrt konnten Parteien, die sich im Vorfeld der polarisierten Landtagswahlen 2019 in Thüringen und Brandenburg mindestens auf der Führungsebene deutlich von einer möglichen AfD-Kooperation abgegrenzt haben, durchaus erfolgreich Wähler*innen hinter sich versammeln. Zielführend erscheint die Entwicklung und Umsetzung substanzieller regionalspezifischer Konzepte zur Vertiefung der materiellen und soziokulturellen Teilhabe, die die demokratischen Teilhabechancen insgesamt langfristig erhöhen. Das gilt insbesondere mit Blick auf den nach wie vor großen Anteil an Nichtwähler*innen. Hier zeigt sich auch in Brandenburg ein langfristig sichtbarer Bundestrend der sozialen Spaltung in der Wahlbeteiligung und gleichzeitig ein relevanter Hebel für eine präventive demokratiestärkende und inklusive Sozialpolitik. In Regionen, in denen die Parameter der Wirtschafts- und Sozialstatistik deutlich nach unten zeigen, sinkt die Wahlbeteiligung drastisch. Hier anzusetzen könnte langfristig demokratische Bindekräfte erhöhen und die politischen Raumgewinne von Rechtsaußenparteien durch Stimmenzuwächse demokratischer Parteien kompensieren. Die zukünftigen Entwicklungen werden also weniger von den radikalen Rechten selbst als vielmehr vom Verhalten der demokratischen Parteien und auch vom Umfang und den Möglichkeiten einer breiten, demokratischen zivilgesellschaftlichen Gegenbewegung abhängen.

Christoph Richter

Christoph Richter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena (IDZ) bzw. des Forschungsinstituts gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ). Aktuell arbeitet er im Forschungsprojekt „Internationaler Rechtspopulismus im Kontext globaler ökologischer Krisen“ (IRÖK) zum Zusammenhang zwischen globaler Klimakrise und radikal rechten Krisenmobilisierungsdynamiken.

Literatur

Allport, Gordon Wiliard (1954). The nature of prejudice. Reading, Mass.: Addison-Wesley.

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2023). Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner. Online unter: https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/p-i-6-j.

Arriagada, Céline (2020). Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik der Landtagswahl 2019 in Brandenburg. In: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg 1/2020. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. Online unter: https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/ergebnisse-der-repraesentativen-wahlstatistik-der-landtagswahl-2019-in-brandenburg-a1e82057e2a1c825.

Bergmann, Knut, Matthias Diermeier, und Judith Niehues (2018). Ein komplexes Gebilde. Eine sozio-ökonomische Analyse des Ergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Zeitschrift für Parlamentsfragen 49 (2): 243-264.

Botsch, Gideon, und Christoph Schulze (Hg.) (2021). Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus, 1990-2020. Potsdamer Beiträge zur Antisemitismus- und Rechtsextremismusforschung. Berlin: be.bra.

Botsch, Gideon, und Christoph Schulze (2023). Stellungnahme Brandenburg. In: Decker, Oliver, Johannes Kiess, und Elmar Brähler (Hg.) Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern. EFBI Policy Paper 2023-2. Else Frenkel-Brunswik Institut für Demokratieforschung in Sachsen an der Universität Leipzig.

Brachert, Matthias, Everhard Holtmann, und Tobias Jaeck (2020). Einflüsse des Lebensumfelds auf politische Einstellungen und Wahlverhalten. Eine vergleichende Analyse der Landtagswahlen 2019 in drei ostdeutschen Bundesländern (Friedrich-Ebert-Stiftung: Forum Berlin). Berlin. Online unter: https://www.fes.de/forum-berlin/artikelseite-forum-berlin/neue-studie-vergleichende-anayse-der-landtagswahlen-2019-in-drei-ostdeutschen-bundeslaendern.

Bundeswahlleiter (2009, 2013, 2021). Ergebnisse der Bundestagswahl 2009, 2013, 2021 nach kreisfreien Städten und Landkreisen. Online unter: https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2021.html.

Cantoni, Davide, Felix Hagemeister und Mark Westcott (2017). Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology. Münchener Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge (VWL).

Carillo, Mario Francesco (2018) Fascistville: Mussolini's New Towns and the Persistence of Neo-Fascism. MPRA Paper No. 96236.b.

Cohen, Dennis (2021). Ökonomisches Risiko und die elektorale Anziehungskraft der AfD. In: Bernhard Weßels, Harald Schoen (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017. Wiesbaden: Springer VS.

Decker, Oliver, Johannes Kiess, Ayline Heller, Elmar Brähler, David Aderholz, und Inken Behrmann (Hg.) (2022). Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen - alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Unter Mitarbeit von Sophie Bose, Kazim Celik, Vera Clemens, Marius Dilling, Jörg M. Fegert, Natalie Gittner et al. Gießen: Psychosozial-Verlag (Forschung psychosozial).

Dilling, Marius, und Johannes Kiess (2021). Die Landtagswahlen 2019 in Sachsen im Kontext der Sozial-, Wirtschafts- und Infrastruktur. EFBI Policy Paper 2021-3. Online unter: https://efbi.de/details/efbi-policy-paper-3-sozial-wirtschafts-und-infrastruktur-und-parteipraeferenz-haengen-zusammen.html.

Franz, Christian, Marcel Fratzscher, und Alexander S. Kritikos (2018). AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker. DIW Wochenbericht 85 (8): 135 - 144. Online unter: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.578543.de/18-8-3.pdf.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2012). Das entsicherte Jahrzehnt. Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin: Edition Suhrkamp.

Hilmer, Richard, Bettina Kohlrausch, Rita Müller-Hilmer, und Jérémie Gagné (2017). Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern (Hans-Böckler-Stiftung: Working Paper Forschungsförderung 044). Düsseldorf.

INKAR-Datenbank (2022). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2022. Hg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

Kahrs, Horst (2019). Die Wahl zum 7. Landtag Brandenburg und zum 7. Sächsischen Landtag am 1. September 2019. Wahlnachbericht, erster Kommentar und Daten. Online unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/wahlanalysen/WNB_2019-09-01_LTW19_BB-SN.pdf.

Klärner, Andreas, Thorsten Osigus, und Larissa Deppisch (2019). Ist die AfD in ländlichen Räumen besonders erfolgreich? In Wissen schafft Demokratie. Band 5: Ländlicher Raum (Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, Jena), 74-89. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung. Online unter: https://www.idz-jena.de/wsddet/wsd5-11.

Küpper, Beate (2017). Das Denken der Nichtwählerinnen und Nichtwähler: Einstellungsmuster und politische Präferenzen (Friedrich-Ebert-Stiftung: Forum Berlin), 2. Aufl. Berlin.

Lengfeld, Holger, und Clara Dilger (2018). Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland" mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016. Zeitschrift für Soziologie 47 (3): 181-199.

Lorenz, Astrid, und Hendrik Träger (2021). Rechte Parteien im „roten" Brandenburg. Organisation, Wahlergebnisse und gesellschaftliche Verankerung seit 1990. In: Botsch, Gideon, und Christoph Schulze (Hg.) Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus, 1990-2020. Potsdamer Beiträge zur Antisemitismus- und Rechtsextremismusforschung. Berlin: be.bra.

Neu, Viola, und Sabine Pokorny (2021). Tabellenanhang zur Bundestagswahl in Deutschland am 26. September 2021. In: Konrad Adenauer Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung. Online unter: https://www.kas.de/documents/252038/11055681/Tabellenanhang+zur+Bundestagswahl+in+Deutschland+2021.pdf/4c7b6511-c6f1-c035-8593-5e8e850c2154?version=1.0&t=1637666246212.

Pettigrew, Thomas. F., und Linda R. Tropp. (2006). A meta-analytic test of intergroup contact theory. Journal of Personality and Social Psychology 90: 751-783.

Pfahl-Traughber, Armin (2019). Die AfD und der Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS.

Pokorny, Sabine (2019). Landtagswahl in Brandenburg am 1. September 2019. Tabellenanhang. In: Konrad Adenauer Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Berlin. Online unter: https://www.kas.de/documents/252038/4521287/Tabellenanhang+-+Landtagswahl+in+Brandenburg+2019+Prozent28PDFProzent29.pdf.

Richter, Christoph, Axel Salheiser, und Matthias Quent (2022). Demokratie auf dem Rückzug? In: Brinkmann, Heinz Ulrich, und Karl-Heinz Reuband (Hg.) Rechtspopulismus in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-33787-2_12.

Richter, Christoph (2023). Tabellenanhang. Online unter: https://mmz-potsdam.de/media/169/download/Tabellenanhang-Brandenburg.pdf.

Richter, Christoph, und Lukas Bösch (2017). Demokratieferne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ). Online unter: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Demokratieferne_Raeume_AfD_Bundestagswahl_2017.pdf.

Richter, Christoph, Maximilian Wächter, Jost Reinecke, Axel Salheiser, Matthias Quent, und Matthias Wjst (2021). Politische Raumkultur als Verstärker der Corona-Pandemie? Einflussfaktoren auf die regionale Inzidenzentwicklung in Deutschland in der ersten und zweiten Pandemiewelle 2020, ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, 2-2021, S. 191-211. https://doi.org/10.3224/zrex.v1i2.01

Rippl, Susanne, und Christian Seipel (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70 (2, Juni 2018): 237-254.

Rodden, Jonathan (2019). Why Cities Lose: The Deep Roots of the Urban–Rural Political Divide. New York: Basic Books.

Rodriguez-Pose, Andres, Javier Terrero-Davila, und Neil Lee (2023). Left-behind vs. unequal places: interpersonal inequality, economic decline, and the rise of populism in the US and Europe. Papers in Evolutionary Economic Geography (PEEG) 2306, Utrecht University, Department of Human Geography and Spatial Planning, Group Economic Geography.

Rosés, Joan Ramón, und Nikolaus Wolf (Hg.) (2018). The Economic Development of Europe's Regions: A Quantitative History Since 1900. London: Routledge.

Schuler, Julia, Johannes Kiess, Oliver Decker, und Elmar Brähler (2020). Wahlpräferenz – Rechtsextremismus, Gewaltbereitschaft, Antisemitismus und Verschwörungsmentalität: AfD-Wähler_innen weisen die höchste Zustimmung zu anti-demokratischen Aussagen auf. Universität Leipzig: Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung, Arbeitsgruppe der Leipziger Autoritarismus-Studien. Online unter: http://home.uni-leipzig.de/decker/wahlpraeferenz.pdf.

Schulze, Christoph (2019). Die Bürgerwut im Kreistag. In: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Ausgabe 5. Potsdam: Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien. Online unter: https://mmz-potsdam.de/forschung/emil-julius-gumbel-forschungsstelle/mitteilungen/die-buergerwut-im-kreistag-analyse-der-rechten-kandidaturen-bei-den-kommunalwahlen-2019.

Schulze, Christoph (2022). „Corona-Proteste" und die extreme Rechte. Aspekte des Demonstrationsgeschehens im Land Brandenburg 2020 und 2021. In: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Ausgabe 10. Potsdam: Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien. Online unter: https://mmz-potsdam.de/forschung/emil-julius-gumbel-forschungsstelle/mitteilungen/corona-proteste-und-die-extreme-rechte.

Schwander, Hanna, und Philip Manow (2017). It's not the economy, stupid! Explaining the electoral success of the German right-wing populist AfD. ETH Zürich / University of Zürich, Center for Comparative and International Studies (CIS): CIS Working Paper No. 94.

Spier, Tim (2017). Die Wahl von Rechtsaußenparteien in Deutschland. In: Virchow, Fabian, Martin Langebach, und Alexander Häusler (Hg.) Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, S. 257-284.

Stöss, Richard, und Oskar Niedermayer (2007). Rechtsextreme Einstellungen in Brandenburg. In: Schoeps, Julius H., Gideon Botsch, Christoph Kopke, und Lars Rensmann, (Hg.) Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin: VBB, S. 47-58.

Valentim, Vincent (2021). Parliamentary Representation and the Normalization of Radical Right Support. Comparative Political Studies, 54(14). S. 2475-2511. Online unter: https://doi.org/10.1177/0010414021997159.

Voigtländer, Nico, und Hans-Joachim Voth (2015). Nazi Indoktrination and anti-semitic Reliefs in Germany. Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America 112 (26): 7931-7936.

Zick, Andreas, Beate Küpper und Wilhelm Bergan (2019). Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn: Dietz Verlag.

Onlinequellen geprüft am 7. Juli 2023.

IMPRESSUM

Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle
Antisemitismus und Rechtsextremismus

Herausgeber:
Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien
Am Neuen Markt 8, 14467 Potsdam
Telefon: (0331) 28 09 40
moses@mmz.uni-potsdam.de
www.mmz-potsdam.de

Redaktion: Christoph Schulze

2. Auflage, gedruckt November 2023
Druck: Hinkelstein Berlin
Grafiken: IDZ Jena/FGZ

ISSN: 2569-0906 (Print), 2944-0173 (Online)

Soweit nicht anders gekennzeichnet, ist dieses Werk unter einem Creative-Commons-Lizenzvertrag Namensnennung 4.0 lizenziert. Dies gilt nicht für Zitate sowie für Werke, die aufgrund einer anderen Erlaubnis genutzt werden. Fotorechte verbleiben bei den Rechteinhaber:innen.